

Pressemitteilung



Unsere regionale Landwirtschaft braucht Schutz

Teltow, 17.11.2021. Morgen ab 10:00 Uhr ziehen mehrere Hundert Brandenburger Landwirtinnen und Landwirte in einem Demonstrationszug von der Breiten Straße in Potsdam zum Brandenburger Landtag. Dort versammeln sie sich zu einer Kundgebung und übergeben den politischen Akteuren ein Forderungspapier. „Unsere regionale Landwirtschaft ist in den vergangenen Jahren aufgrund politischer Entscheidungen und negativer äußerer Einflüsse in eine extreme Schieflage geraten. Nun stehen weitreichende Veränderungen beim Brandenburger Kulturlandschaftsprogramm für unsere Betriebe an. Viele von Ihnen werden zukünftig ausgeschlossen, weil man auf begrenzte Kulissen setzt. Das Brandenburger Agrarministerium trifft bisher keine Aussage zum Erhalt der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete über das Jahr 2024 hinaus. Wie sollen Landwirte so noch nachhaltig wirtschaften?“, erklärt Bauernpräsident Henrik Wendorff. Der Landesbauernverband sieht daher den Zeitpunkt gekommen, Politik und Gesellschaft aufzurütteln und auf die Gefährdung der Existenz ihrer regionalen Landwirtschaft hinzuweisen. „Wenn Brandenburg und Berlin in Zukunft regional mit Lebensmitteln versorgt werden wollen, dann muss die Politik jetzt die Weichen dafür stellen und die regionale Landwirtschaft auch wirklich schützen und stärken“, bekräftigt Wendorff.

Deshalb fordern die Brandenburger Landwirte:

1. „Hände weg von der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete“
2. "Rettet die Schweinehaltung - regionale Versorgung sichern"
3. "Die Kuh gehört dazu - ohne Tiere keine Landwirtschaft"
4. "Umweltleistungen im Kulturlandschaftsprogramm fair bezahlen - Dumping verhindern"

Um den berechtigten Forderungen des Berufsstandes Nachdruck zu verleihen, wird der Demonstrationszug von einer begrenzten Zahl an Traktoren begleitet. Das Motto lautet: "Unsere regionale Landwirtschaft braucht Schutz". Vor dem Landtag werden ab zirka 11:30 Uhr Landwirtinnen und Landwirte über die aktuell dramatische Lage in ihren Betrieben sowie über ihren Unmut sprechen. Verschiedene politische Akteure haben ebenfalls ihre Bereitschaft zu Wortmeldungen signalisiert. Der LBV hat einen Forderungskatalog erarbeitet und viele der angereisten Landwirte bringen Postkarten mit Botschaften ihrer auf den Höfen unentbehrlichen Berufskollegen mit. Auch diese sollen den Abgeordneten übergeben werden.